

Europas Stahlindustrie: Eine Zukunft ist nur mit Nachhaltigkeit und fairem Wettbewerb möglich

Europas Stahlindustrie befindet sich in der Krise: In ganz Europa werden Stahlwerke geschlossen. Arbeitsplätze gehen verloren. Dies wirkt sich auf die Lebensbedingungen zahlreicher europäischer Bürgerinnen und Bürger aus. Wir Grüne sind auf allen Ebenen tief besorgt über diese Entwicklungen. Der Stahlsektor ist von strategischer Bedeutung für die europäische Wirtschaft und für einen grünen industriellen Wandel unabdingbar. Ohne Stahl gibt es keine Windkraftanlagen, weniger ressourcen- und energieeffiziente Gebäude und keine kohlenstoffarme Verkehrsinfrastruktur.

Im Zentrum der Krise sehen wir zwei Probleme: eine Überkapazität von Stahl in Verbindung mit chinesischen Dumping-Praktiken sowie eine fehlende europäische Modernisierung. Wir lehnen die Bemühungen von Teilen der europäischen Stahlindustrie strikt ab, die Klima- und erneuerbare Energien-Politik für die Leiden des Sektors verantwortlich zu machen. Öko- und Sozialdumping können niemals die Antwort sein. Darüber hinaus lehnen wir willkürliche Finanzspritzen öffentlicher Mittel in den Stahlsektor ab.

Im Gegenteil: Wir europäischen Grünen wollen eine ehrgeizige Energie- und Klimapolitik im Rahmen eines Green New Deal, um den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur voranzutreiben. Wir setzen uns für mehr erneuerbare Energien, Gebäudesanierungen, öffentliche Mobilität und andere nachhaltige Infrastrukturen ein. Hierfür ist eine Menge Stahl erforderlich, was der Industrie Erleichterung verschaffen wird, da die europäischen Überkapazitäten verringert werden. Beispielsweise benötigt eine einzelne Windkraftanlage so viel Stahl wie etwa 500 Autos. Darüber hinaus kann Stahl besonders gut recycelt werden, was betont werden sollte.

Wir wollen Europas Stahlsektor vor schädlichen Handelspraktiken schützen. Europa braucht wirksame handelspolitische Schutzinstrumente, um seine Industrien zu schützen und Dumping-Praktiken zu bekämpfen. Als europäische Grüne unterstützen wir daher voll und ganz die Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU, so zum Beispiel die Abschaffung der „Regel des niedrigeren Zolls“ (lesser duty rule). Wir kritisieren die Blockade der EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Rat und fordern verstärkte Anstrengungen und Entschlossenheit bei der Einführung eines EU-weiten Antidumping- und Antisubventionssystems, um Dumping-Importe zu bekämpfen. Wir europäischen Grünen lehnen in diesem Zusammenhang ab, China pauschal und *de facto* den Status einer Marktwirtschaft zu gewähren, was die derzeitige Situation des Stahlsektors weiter verschärfen würde, und fordern die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, eine ernsthafte öffentliche Debatte über dieses Thema zu führen, die sie bisher gescheut haben. Wir verurteilen die eingeschränkte öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission in diesem Sinne, da sie in einer „Zwangsjacke“ geführt wird, die der öffentlichen Debatte und alternativen handelspolitischen Schutzinstrumenten keinen Raum lässt.

Europas eigene Überkapazität in der Stahlproduktion muss ebenfalls diskutiert werden. Umwelt- und Gesundheitsfragen müssen an jedem Standort Priorität haben. In bestimmten Fällen kann dies auch Umstrukturierungsprojekte umfassen.

Wir möchten, dass die Stahlindustrie in Europa bleibt und nicht in andere Länder verlegt wird. Dazu fordern wir eine innovationsorientierte Modernisierungsstrategie für die europäische Stahlindustrie, die sie auf ein nachhaltiges Fundament stellt. Nur auf einem solchen Fundament kann die europäische Stahlindustrie wettbewerbsfähig bleiben.

Insbesondere fordern wir ein ehrgeiziges europäisches Kreislaufwirtschaftspaket, das unseren Verbrauch an natürlichen Ressourcen reduziert, einschließlich Metallen, und das für hohe Recyclingraten sorgt und das Problem illegaler Exporte von Schrott angeht, was der Stahlindustrie einen kostengünstigen Materialeinsatz verschaffen würde. Wir fordern die Modernisierung von Stahlwerken hinsichtlich technologischer Fortschrittlichkeit und CO₂-Effizienz mit Energie- und Ressourceneinsparungen und verlangen staatliche Beihilfen und andere unterstützende Mittel wie den europäischen Investitionsplan, der an solche Modernisierungskriterien gebunden sein muss. Wir unterstützen F&E-Bemühungen für eine Stahlerzeugung mit äußerst geringem CO₂-Ausstoß und ermuntern die Stahlindustrie, in Stahlerzeugungssegmente mit höherer Wertschöpfung vorzustoßen. Wir unterstützen die Bemühungen der Stahlindustrie, die CO₂-Reduktion durch eine sektorübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Industriezweigen wie der chemischen Industrie zu steigern. Als europäische Grüne werden wir die Bemühungen von Teilen der Stahlindustrie bekämpfen, das Emissionshandelssystem zu untergraben, für das wir Reformen fordern, damit es effektiver wird. Das EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) ist eine wichtige Säule der Klimarahmenkonvention der EU, von der die Stahlindustrie durch die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten, die gewinnbringend verkauft wurden, tatsächlich profitiert hat, und nationale CO₂-Kostenausgleichsregelungen haben die Auswirkungen auf den Energiepreis gemildert, der derzeit auf einem sehr niedrigen Niveau ist.

Anstatt die Stahlindustrie endlos zu subventionieren, fordern wir eine ehrgeizige und nachhaltige Modernisierungsstrategie, die eine wettbewerbsfähige Dynamik in die europäische Stahlindustrie bringt, sodass sie den Herausforderungen von morgen mit Zuversicht entgegensehen kann. Wir fordern die Stahlindustrie auf, sich dieser Realität zu stellen, Reformen und Modernisierung auf der Grundlage von Nachhaltigkeit voranzutreiben und die Chancen zu nutzen, die ein grüner industrieller Wandel mit sich bringt.